Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7½ sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 40. Sonnabend den 17. Februar. 1849.

Inland.

Berlin, 16. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem bei der Provinzial-Steuer-Verwaltung in Königsberg angestellten Regierungs-Secretair Zander den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Gerichtsboten und Exekutor Werner zu Unna, Regierungs-Bezirk Arnsberg, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bisherigen Oberlehrer der höheren Bürgerschule zu Siegen, Dr. Schnabel, zum Direktor dieser Anstalt zu ernennen.

Der Generalmajor und Commandeur der 6ten Kavallerie-Brigade, von Hanneken, ist nach Torgau, und der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, nach Möckern abgereist.

Wahlen für die erste Kammer.

Provinz Brandenburg.

Landsberg: Oberst-Lieutenant v. Griesheim.

Provinz Preußen.

Regierungs-Bezirk Marienwerder: Rittergutsbesitzer v. Gordon auf Laskewitz (Kreis Schwetz). Rittergutsbesitzer Amtsrath Livonius auf Hammerstein. Staats-Minister v. Ladenberg. — Königsberg: Oberbürgermeister Sperling. Regierungs-Rath v. Unruh. — Danzig: Ober-Präsident v. Auerswald. Ober-Burggraf v. Brünneck. Justiz Kommissarius Tamnau.

Provinz Pommern.

Demmin, Anklam, Ueckermünde, Randow: Prinz v. Preußen. Ober-Präsident a. D. Bötticher. — Naugard, Cammin, Regenwalde, Wollin: Landrath v. Köller in Kantrek. Ober-Präsident a. D. Bötticher. — Regierungs-Bezirk Cöslin: Posthalter Denzin in Lauenburg. Polizei-Direktor Braun in Cöslin. Gutsbesitzer Grützmacher in Karwitz.

Provinz Sachsen.

Nordhausen, Worbis, Heiligenstadt und Mühlhausen: Land- und Stadt-Gerichts-Direktor Bergmann in Nordhausen. Justizrath Keuffel in Worbis.

Provinz Schlesien.

Regierungs-Bezirk Oppeln: General v. Radowitz. Geh. Finanzrath Jordan in Berlin. Kaufmann Guradze in Oppeln. — Regierungs-Bezirk Breslau: Graf York v. Wartenburg auf Klein-Oels. Graf Dyhrn auf Resewitz. — Glatz: Geh. Ober-Tribunalsrath Waldeck. Justiz-Kommissarius J. Fischer in Breslau.

Westphalen.

Cösfeld und Borken: Vormaliger Regierundsrath Bracht aus Becklinghausen. Rentner Hidding aus Ahaus. — Berichtigung: In Crefeld ist nicht Herr v. Beckerath, sondern Hansemann gewählt.

Rheinprovinz.

Aachen: Oberbürgermeister Pelzer. Regierungsrath Ritz. Bürgermeister Jungbluth aus Jülich. — Cleve, Kempen und Geldern: Rittergutsbesitzer vom Rad. Appellations-Gerichts-Rath v. Ammon in Köln. Professor Walter in Bonn. — Trier: Pastor Alff, Linke. Cetto, Abgeordneter in Frankfurt a. M. Land-Gerichts-Rath Graeff in Trier, Linke.

Berlin, den 14. Februar. Während das Gerücht von einer Vertagung des Zusammentritts der Kammern plötzlich neuen Boden gewinnt, und in Folge eines Artikels der heutigen Haude-Spenerschen Zeitung, den man allgemein aus offiziellen Quellen herleitet, als amtlich bestätigt erachtet wird, rüstet sich hier dennoch die Industrie schon zum baldigen Empfange der Volksvertreter. Die Zeitungsblätter wimmeln von Wohnungs-Ankündigungen für Deputirte, die industriösen Buchhändler kündigen Abgeordniten-Verzeichnisse, aus den verschiedenartigsten Gesichtspunkten zusammengestellt, an. Die dankenswertheste Gabe, die auch außerhalb parlamentarischer Versammlungen nützlich und angenehm sein dürfte, bringt die Handlung Duncker und Humblot in einem „Politischen Tagebuch" welches außer den üblichen Notizblättern und Votirbogen für Abstimmungen die gesammte bisherige Reichsgesetzgebung, die oktroyirten Preußischen Grundgesetze und eine Menge anderen überaus werthvollen Hülfsmaterials enthält. — Aus einer nach den Provinzen geordneten Nachweisung der Abgeordneten geht hervor, daß die Provinz Preußen 26 Rechte, 19 Linke, Posen 14 Rechte, 16 Linke, Brandenburg 30 Rechte, 14 Linke, Pommern 18 Rechte, 7 Linke, Schlesien 28 Rechte, 34 Linke, Sachsen 13 Rechte, 19 Linke, Westphalen 18 Rechte, 10 Linke, die Rheinprovinz 20 Rechte, 33 Linke gewählt haben. Die übrigen Gewählten sind politisch unbekannt oder zweifelhaft. — Unter den Gewählten befinden sich 104 Mitglieder der aufgelösten National-Versammlung. Von diesen gehören 26 der Rechten, 6 dem rechten Centrum, 21 dem linken Centrum und 51 der entschiedenen Linken an. 16 Abgeordnete sind mehrmals gewählt, unter ihnen Temme und v. Vincke 3 Mal, Graf Cieszkowski, v. Lipski, Waldeck, Rodbertus, Jakoby, v. Bodelschwingh, Harkort, Schaffranek, Ludwig, Aldenhoven, Schornbaum, Grebel, Gierse und v. Berg 2 Mal. Der durch seine Pönitenz bekannt gewordene oberschlesische Pastor Schaffranek, früher der äußersten Linken angehörig, ist jetzt in Betreff seiner Parteistellung mehr als zweifelhaft.

CC Berlin, den 15. Februar. Die National-Zeitung theilte in einer ihrer letzten Nummern mit einigem Hohne die einfache Ansprache mit, welche der in Halberstadt zum Abgeordneten zur 2. Kammer gewählte Schulze Tegetmeyer an seine Wahlmänner gehalten hat. Insbesondere scheinen die Worte desselben „Upsicht mutt sein" ihren Unwillen erregt zu haben. Ja wohl! Aufsicht, Obrigkeit, und zwar eine recht starke Obrigkeit muß sein, insbesondere in einem Lande, dessen Bewohner beinahe ein ganzes Jahr hindurch bewiesen haben, daß sie die erste Bedingung alles politischen Lebens noch nicht kennen, den Gehorsam, die Achtung vor dem Gesetze und den Wächtern des Gesetzes, der Obrigkeit. Wir haben es beständig gesagt und wiederholen es noch einmal: Es giebt keine Freiheit ohne Gesetz, denn das Gesetz ist die Mutter und die Erhalterin der Freiheit! Es ist mehr Freiheit unter einer Absolutie, die sich selbst durch Gesetze gebunden hat, als unter der schrankenlosen Herrschaft roher Massen, die kein anderes Gesetz kennen, als das ehrgeizige ꝛc. Gelüst des Einzelnen, dem der Zufall eben einen Einfluß auf die Massen in die Hände gespielt hat. Also „Upsicht mutt sein" d. h. Gesetz und Ordnung, und eine Obrigkeit, die über ihre Aufrechthaltung wacht, müssen sein, müssen geehrt und geachtet sein vor allem Volke, wenn die gleiche Freiheit für Alle sein soll! so sprechen wir aus vollem Herzen mit dem Schulzen Tegetmayer und wünschen, daß die Majorität unserer Vertreter die tiefe Weisheit dieser einfachen Worte fassen und beachten lerne, damit das Jahr 49 glücklicher ende für unser Vaterland als das vergangene.

— Unter den hiesigen Demokraten erzählt man sich, daß man in Trier den Vater des Frankfurter Abgeordneten Simon gewählt habe, weil der Sohn das erforderliche Alter erst in einigen Monaten erreiche. Sodann werde der Vater abtreten, um seinem Sohn Platz zu machen. — Bekanntlich will eine zweite Gesellschaft von hier aus im Frühjahre nach Süd-Australien auswandern. Es war daher an Herrn Dr. Mügge die Aufforderung ergangen, einen Vortrag über Auswanderung zu halten, welcher derselbe gestern Abend genügte. Es hatte sich ein so zahlreiches Publikum aus verschiedenen Ständen, auch Frauen, eingefunden, daß sich sofort 34 Familien, zusammen 82 Personen, bereit erklärten, kommendes Frühjahr nach Australien zu übersiedeln; worauf sogleich zur Bildung eines Comités geschritten wurde, welches das Auswanderungsgeschäft in die Hand nehmen soll.

Berlin, 15. Febr. Die heute ausgegebene Nr. 7 der Ges.-Samml. enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 26. Januar 1849, die künftige Verwaltung der evangelischen Kirchen-Angelegenheiten betreffend: „Auf Ihre Berichte vom 7. Oktober vorigen und 14. Januar d. J. bin Ich damit einverstanden, daß in Folge der eingetretenen Veränderung der Staats-Verfassung die oberste Verwaltung der inneren evangelischen Kirchensachen künftig einer von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten unabhängigen Behörde zu übertragen ist. Ich bestimme deshalb, daß bis zu dem Zeitpunkte, wann die evangelische Kirche sich über eine selbstständige Verfassung vereinigt haben, mithin der Artikel 12 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. in Vollziehung zu setzen sein wird, die nach der Instruction vom 23. Oktober 1817, der Ordre vom 31. Dezember 1825 und Meiner Verordnung vom 27. Juni 1845 §. 1 zu dem Ressort der Konsistorien gehörenden Angelegenheiten in der höheren Instanz von der evangelischen Abtheilung Ihres Ministeriums unter dem Vorsitze des Direktors derselben selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden sollen. Zugleich ertheile Ich dieser Behörde den Auftrag, sich unverzüglich mit der Berathung der zur Vollziehung des Artikels 12 der Verfassungsurkunde erforderlichen Maßregeln zu beschäftigen und Mir darüber, und zwar wegen des gemischten Ressorts in Vereinigung mit Ihnen, Vortrag zu erstatten. In Betreff der den Regierungen zur Zeit noch zustehenden Befugnisse in Kirchensachen bewendet es dagegen vorläufig bei der gegenwärtigen Einrichtung, während in Fällen gemischten Ressorts Sie des Einverständnisses der evangelischen Abtheilung Ihres Ministeriums sich zu versichern haben. Berichte dieser Abtheilung des Ministeriums erwarte Ich, soweit sie deren Ressort ausschließlich betreffen, unmittelbar mit der näheren Maßgabe, daß dieselben Ihnen zur Kenntnißnahme und etwanigen Wahrnehmung Ihrer ressortmäßigen Rechte vor der Erstattung vorzulegen sind. In gleicher Art und zu gleichem Zwecke sind Ihnen alle allgemeinen Verfügungen der gedachten Abtheilung und Meine Erlasse an dieselbe zur Kenntnißnahme vorzulegen. Die gegenwärtige Ordre, zu deren Ausführung Sie die erforderliche Instruction zu erlassen haben, ist durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Berlin, den 26. Januar 1849. Friedrich Wilhelm. von Ladenberg. An den Staatsminister von Ladenberg."

Breslau, den 13 Febr. An die Stelle des frühern Abg. für Frankfurt wurde am 7. in Lauban Hr. Pinder gewählt. — Die russische und die preußische Regierung erhoben früher bei dem Eintritt von Juden in das eine oder andere Gebiet eine Abgabe unter dem Namen „Tagezettelsteuer." Jetzt ist diese Steuer auf unserer Seite abgeschafft. Die russische Regierung fährt fort, von den Juden bei dem Uebertritt in das Königreich Polen besondere Abgaben zu erheben.

Elbing, den 10. Febr. Der Oberbürgermeister Philips hat für die Zeit seiner Abwesenheit seinen Gehalt zur Disposition der Stadtverordneten gestellt. — Wegen der von der reactionären Partei provocirten Excesse des 15. Octobers sind 31 Individuen verurtheilt worden, darunter 11 zu 1 — 4 Jahr Festungs-Arrest.

Köln, den 12. Febr. Die Herren Gladbach, Körffgen und Borchard werden im Laufe dieser Woche vor dem Instructionsgericht erscheinen, um wegen ihrer Betheiligung bei dem Steuerverweigerungsbeschluß vernommen werden. — Die wegen Mißhandlung des Polizei-Commissars v. Grävenitz bei Gelegenheit der auf dem Altenmarkte vom 25. September v. J. abgehaltenen Volksversammlung sind von den Geschworenen freigesprochen worden.

Hamburg, den 12. Febr. Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande scheinen auf beiden Seiten der Königsau energisch betrieben zu werden. Wir wollen hier in Kurzem zusammenstellen, was Schleswig-Holstein seinerseits für Wehrhaftmachung des Landes gethan. Die Artillerie ist seit Kurzem in Bezug auf Material und Mannschaft sehr verstärkt worden; es wurden viele Offiziere (aus Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg u. s. w.) für den Schleswig-Holsteinischen Dienst gewonnen; die Seesessionen (der Schluß der Altonaer findet heute statt) liefern eine ansehnliche Mannschaft für die theils vollendeten, theils im Bau begriffenen Kanonenböte; die Bataillone und Schwadronen sind zum Theil schon mit der neuen Ausrüstung und Kleidung (die Dragoner mit fast geraden Säbeln und hellglänzenden Helmen) versehen; die Landesversammlung scheint in ihren geheimen Sitzungen noch 4 Mill. M. zu außerordentlichen Rüstungen bewilligt zu haben. Die Errichtung einer Militairschule in Kiel unter Leitung des aus dem Dänischen Dienste gegen Revers entlassenen Obristlieut. Kauffmann steht in Aussicht. Militairärzte werden in großer Anzahl engagirt. Auch die von der Centralgewalt angeordneten Seerüstungen scheinen endlich fortzuschreiten. So ist der Bau von 30 Kanonenböten an den verschiedenen Flüssen der Nordsee abgeschlossen (davon sind vertheilt auf die Weser 10, auf die Elbe 10, auf Jahde und Ems je 10; Cuxhaven ist leer ausgegangen); die Hann. Ztg. berichtet von dem Bau eines Kanonenboots auf der Werft des Herrn van Santen in Halte; das neue Lübecker Dampfschiff „Lübeck" ist von der Centralgewalt angekauft und soll in ein Kriegsdampfschiff umgewandelt werden; eben so sind die Engl.-Amerik. Postdampfschiffe „Acadia" und „Britannia" angekauft; in Lüttich sind 60 Stück Geschütze zur Armirung der Küsten bestellt; die bei Hamburg liegende (allerdings für fast unbrauchbar geltende) Kriegsflottille wird reparirt und hoffentlich auch reorganisirt und für das Admiralschiff „Germania" ist ein neuer Commandeur in der Person des Kapit. Behrens aus Wetzlar, bisher in Holländischen Diensten, gewonnen. (Nat.-Ztg.)

Husum, den 11. Februar. Von dem hiesigen Bürgerverein ist folgende Erklärung beschlossen worden: „Der Husumer Bürgerverein hält es hinsichtlich zweier in der Preußischen Cirkularnote vom 23. Januar d. J., enthaltenen Punkte, die Schleswig-Holstein betreffen, für seine Pflicht, zu erklären: 1) Daß er kein „Deutsches Gebiet Dänemarks" kenne, sondern nur ein selbstständiges, mit Dänemark durch die bloße Union in der Person des Regenten, und zwar nur so lange die Natur diese Union zu Recht bestehen läßt, verbundenes, nunmehr auch durch ein Staatsgrundgesetz und durch den festen Willen, dieses Gesetz zu wahren, geschütztes Schleswig-Holstein. 2) Daß er in eine Ausstoßung dieses Schleswig-Holsteins aus dem engsten Verbande mit den großen Deutschen Vaterlande, dem es durch Sprache und Sitte angehört und für immer angehören zu wollen durch seine Erhebung im Frühling des vorigen Jahres unwiderruflich erklärt hat, nie und unter keiner Bedingung willigen werde. Beschlossen in der Versammlung des Husumer Bürgervereins den 10. Februar 1849."

Cöthen, den 13. Februar. In der heutigen Sitzung kamen die Deutsche Oberhauptsfrage und die desfalls von der Preußischen, so wie von der Oesterreichischen Regierung erlassenen Cirkular-Noten zur Sprache. Da der Landtag schon früher im Einverständniß mit dem Ministerium bei mehreren Gelegenheiten die unbedingte Kompetenz der National-Versammlung zu Frankfurt zur selbstständigen Errichtung der Verfassung Deutschlands ausgesprochen hatte, so war darüber sofort Einstimmigkeit vorhanden, der Centralgewalt zu erklären, daß man sich den von der National-Versammlung ausgehenden Bestimmungen, bezüglich der Verfassung Deutschlands, unterwerfen werde; dagegen entstand über die Preußen gegenüber festzuhaltende Politik

Anhalts eine lebhafte Debatte. Minister **Habicht** sprach sich unbedingt dahin aus, daß bei der geographischen Lage Anhalts dessen Selbstständigkeit und Glück lediglich durch ein engverbündetes, freundschaftliches Verhältniß zu Preußen zu erreichen sei, daß dieser mächtigste Staat Deutschlands auch schon bisher und insbesondere wiederum in der ergangenen Cirkular-Note die möglichste Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der kleineren Staaten anerkannt und in diesem Sinne thätig gewirkt habe, und daß hiernach von dem Vereinigten Landtage die Zustimmung dazu erbeten werde, wenn die Staats-Regierung bei der vorliegenden Deutschen Verfassungsfrage die Ansicht und Ueberzeugung ausspreche: daß die Vorschläge Preußens zur Erreichung eines glücklichen Ziels führen würden. Nach mannigfachen Ausstellungen Seitens der Linken wurde vom Landtage fast mit Einstimmigkeit beschlossen, die Zustimmung zu folgender Erklärung der Staats-Regierung zu ertheilen: „daß Anhalt-Dessau und Anhalt Cöthen sich den Beschlüssen der Nationalversammlung bezüglich der Konstituirung des Deutschen Reichs unterwerfen und dabei die Ueberzeugung aussprechen, daß die eine wahrhafte Einigung und kräftige Gesammt-Entwickelung Deutschlands bezweckenden Vorschläge Preußens zur Erreichung jenes Zweckes und zur Lösung der dabei vorkommenden schwierigen Fragen führen werden."

München, den 10. Febr. Die Deputation zum gestrigen Fackelzuge soll Sr. Majestät die Bitte um Vertagung oder gar Auflösung der Kammer als den Wunsch der Bürgerschaft Münchens vorgebracht haben. Der ganze Frohnleichnamszug mit den Trägern der Standarten, Bruderschaftsgenossen, Innungsgesellen ꝛc. war repräsentirt. Vor dem Beginn des Fackelzuges versammelte sich eine Menge Personen aus der unteren Volksklasse und brachte der Linken eine Reihe stürmischer Hochs, während in der Nähe des Ministeriums die Ankömmlinge mit ihren Fackeln von einer anderen Volksmasse mit Pereat und Hoch der Linken empfangen wurden. Während vor der Residenz die Serenade vor sich ging, mischte sich in die stürmischen Hoch's auch manch gellender Pfiff und „Hoch die Linke," in dessen Folge einige Arretirungen stattfanden. Starke Militair-Patroillen eskortirten den Zug, das Militair war in den Kasernen konsignirt, die Wachen verstärkt. Heute sieht man wieder eine Unzahl weißblauer Kokarden, die in den letzten Monaten fast ganz verschwunden waren.

München, den 11. Febr. Ueber die Ministerkrisis erfährt man noch nichts Bestimmtes, wiewohl es heißt, der König habe die Entlassung angenommen. Gewiß ist, daß Herr von Lerchenfeld den Eintritt in das Ministerium abgelehnt hat. — Der Deputation, welche die vorgestern beschlossene Antwortsadresse der Kammer der Abgeordneten dem Könige überbringen wollte, wurde auf ihre Anfrage um eine Audienzstunde geantwortet: „Se. Maj. wünsche nicht, daß sich die Herren persönlich nach Nymphenburg bemühen." In Folge dessen wurde die Adresse heut durch einen Boten übersendet.

Rinteln, den Febr. Heute ist eine mit vielen Unterschriften aus allen Ständen versehene Adresse an die Nationalversammlung nach Frankfurt abgesendet, deren Schluß folgendermaßen lautet: „Wir stellen daher an das Ehrgefühl der Oesterreichischen Deputirten die Forderung, daß dieselben so lange sich der Abstimmung über die Gestaltung unseres engern Deutschen Bundesstaates enthalten, bis etwa Oesterreichs Eintritt in denselben durch die obschwebenden Unterhandlungen festgestellt sein sollte. Allen Mitgliedern der hohen Versammlung legen wir es aufs dringendste ans Herz, bei der zweiten Lesung der Verfassung durch Annahme der Erblichkeit die Einheit und Macht des theuren Vaterlandes für immer sicher zu stellen. — Wir hoffen zuversichtlich, daß die Erledigung jener hochwichtigen Frage in dem angedeuteten Sinne jetzt um so weniger Anstand finden wird, nachdem das **Preußische Cabinet** durch seine dankenswerthe Circularnote an die Deutschen Regierungen dem Abschluß des Deutschen Verfassungswerkes den wesentlichsten Vorschub geleistet hat. Die Zeit drängt; handelt rasch, handelt entschieden!"

Wiesbaden, 10. Februar. Im Amte Hadamar haben die Steuerverweigerungen und die Mißhandlungen der Gerichtsvollzieher, von Seiten ganzer Dorfgemeinden, in einer Weise überhand genommen, daß sich die Regierung genöthigt sah, einige Compagnien des ersten Infanterie-Regiments von Weilburg in die dortige Gegend zu requiriren, um den gesetzlichen Zustand wieder herstellen und die Schuldigen zur Strafe ziehen zu können.

Kastel bei Mainz, den 11. Febr. Gestern Abend versammelte sich auf vorherige Einladung in dem Hause des Hrn. Bauer hier eine Anzahl hiesiger Bürger zur Berathung über Bildung einer Deutschkatholischen Gemeinde. Der Pfarrer der Mainzer Gemeinde, Hr. Engelmann, und einige Mitglieder des Aeltestenraths derselben, hatten sich ebenfalls eingefunden, und das Ergebniß dieser Versammlung war die Bildung einer Deutschkatholischen Gemeinde in unserer Stadt.

Detmold, den 10. Febr. In diesen Tagen wurde von unserer Regierung eine Erklärung nach Frankfurt gesandt, worin sie ihre Zustimmung zu der preußischen Note zu erkennen gegeben und den Wunsch ausgesprochen hat, daß Preußen an die Spitze von Deutschland gestellt werden möge.

Frankfurt, den 10. Febr. (O.-P.-A.-Z.) Das Einführungsgesetz der Grundrechte des Deutschen Volkes hat bestimmt, daß die Erlassung und Ausführung der durch die Landesgesetzgebungen zur Vollziehung der §. 33 und 36 bis 39 einschließlich zu erlassenden Gesetze von Reichswegen überwacht werden sollen. Dies setzt voraus, daß das Reich vor der Publication dieser Gesetze Kenntniß von denselben erhalte, damit die Reichsstaatsgewalt nicht in den Fall komme, publicirte Gesetze wieder aufheben zu müssen, und Niemand durch Gesetze beeinträchtigt werde, die vom Reich nicht gutgeheißen sind und deren Vollziehung zu unersetzlichen Verlusten führen könnte. Daraus folgt, daß die Einführung der in jene Paragraphen einschlagenden Gesetze nicht stattfinden kann, so lange das Reich, welches deren Erlassung und Ausführung überwachen soll, nicht constituirt ist. Die provisorische Centralgewalt ist zu dieser Ueberwachung, die von Reichswegen geschehen soll, nicht competent, da außerdem das Verfassungswerk ausdrücklich von ihrer Wirksamkeit ausgeschlossen ist. Dagegen ist sie verpflichtet und berechtigt, wenn in einzelnen Ländern vor der Constituirung des Reichs Gesetze in obigen Beziehungen beabsichtigt werden sollten, die Beschwerden veranlassen, auf Anrufen der Betheiligten zu inhibiren und bis zu dem Eintritt der künftigen Reichsstaatsgewalt einen integren Rechtszustand zu erhalten.

— Die Oesterreichische Landsmannschaft aller Fraktionen der Paulskirche versammelte sich gestern Abend auf Einladung des Abgeordneten v. Sommaruga im Hotel Schröder, um die Note des Oesterreichischen Kabinets vom 4. Febr. zu vernehmen. Der Abgeordnete v. Würth soll die Note auch commentirt und u. a. hervorgehoben haben, die Preußische Regierung habe nicht aufrichtig gehandelt, indem sie mit der von den HH. Camphausen und Bunsen hervorgerufenen Cirkularnote vom 25. Januar sogleich hervorgetreten, als die von Oesterreich angebahnte Unterhandlung (mit Preußen) einen günstigen Erfolg in Aussicht gestellt. Wie man vernimmt, sollte heute Abend eine abermalige Versammlung der österreichischen Abgeordneten im Hotel Schröder stattfinden, um zu berathen, welche Stellung sie nun in der Paulskirche einzunehmen haben.

— In die von der gestrigen Versammlung österreichischer und anderer Abgeordneten niedergesetzte Kommission zur Entwerfung bestimmter Vorschläge für das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sind gewählt: die Herren **Heckscher**, **Welcker**, **Edel**, **Sommaruga**, **Giskra**, **Würth**, **Wydenbrugk** und **Herrmann**.

Frankfurt a. M., 11. Febr. Das heute über das Befinden Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers ausgegebene Büllетin lautet:

„Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser haben diese Nacht am ruhigsten zugebracht; zu mehreren Stunden ununterbrochen geschlafen; der Husten war wieder insistent; die abendliche Fieberreizung war gestern gering; der hohe Patient befindet sich heute am gestärktesten. Frankfurt a. M., 11. Februar 1849.

Dr. **Taubes**, Kaiserlicher Rath."

— Der Kurfürst von Hessen-Kassel sollte, wie Privatnachrichten melden, sich deshalb in Berlin befinden, um sich des Beistandes der Preußischen Truppen im Falle der Noth zu versichern, da er es mit der Würde der Krone unvereinbar halten soll, sich stets den Wünschen und Beschlüssen der Volksvertretung zu fügen. — Briefe, welche aus verschiedenen Theilen Oesterreichs an hiesige Abgeordnete gerichtet sind, sprechen von einer großen Aufregung unter allen Slavischen Stämmen des Kaiserreichs, so sehr, daß die Oesterreichische Regierung einen neuen baldigen Aufstand derselben befürchtet. Die beabsichtigte Auflösung des Reichstages von Kremsier könnte den ersten Anlaß dazu geben. Man bemerkt hier übrigens allgemein das innige Verhältniß zwischen dem Engl. Gesandten und dem Bevollmächtigten Oesterreichs, von Schmerling. Aufsehen erregt auch das Verfahren des Reichsministeriums, welches die Oesterr. Note verlesen und an den Verfassungs Ausschuß verweisen ließ, die Preußische aber nicht. — Die Oesterr. Regierung hat die Auslieferung mehrerer Oestr. Flüchtlinge, Fenner von Fenneberg u. A., welche sich jetzt hierauf halten, vom Frankfurter Senat verlangt. Dieselben werden auch das Gebiet der freien Stadt Frankfurt verlassen müssen.

— Bei dem Wechsel der Truppeneinquartierung wollten gestern die Bewohner von **Höchst** gegen das Einrücken neuer Truppen Widerstand leisten. Es wurden aber sogleich 2 Kanonen und Kavallerie von Frankfurt dahin gesandt und die Quartierträger, welche bisher noch nicht entschädigt worden sind, mußten sich der Uebermacht fügen. — Das Linien-Militair der Stadt Frankfurt wird jetzt nach Preuß. Zuschnitt uniformirt; der Stadt-Kommandant, der Preuß. Major v. Deetz, wendet seinen Einfluß an, diese Uniform auch bei der hiesigen Bürgerwehr einzuführen.

Frankfurt a. M., den 12. Febr. **168ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte: Art. IX. — Art. XII. §§. 43—48.

Um $9\frac{3}{4}$ Uhr Vormittags eröffnet der Präsident, Herr Eduard **Simson**, die Sitzung. Er theilt das Schreiben des Präsidenten des Reichs-Ministeriums mit, womit derselbe die Note der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung vom 4. Februar der National-Versammlung überreicht. Diese Note wird hierauf von dem Schriftführer, Herrn Martens, verlesen. Ihr bereits seit zwei Tagen aus den Zeitungen bekannter Inhalt erregt keine bedeutungsvolle Bewegung. Sie wird mit Ruhe angehört — nur bei der nicht sehr diplomatisch-klaren Bezeichnung des Bildes von Deutschland, welches Oesterreich „vorschwebt", geht ein Murren hier, ein Lachen dort durch das Haus, und einige andere Stellen der Note werden durch ein „Hört! Hört!" nachdrücklicher betont. Eben so schließt die Vorlesung ohne irgend eine Aeußerung des Beifalls oder der Zurückweisung.

Darauf folgt die Debatte über die fragliche Behandlung, resp. Beantwortung der Note. **Reichensperger** und **Georg Beseler** sind der Ansicht, daß man sich vor der Hand jeder Erklärung über dieselbe enthalten solle; **Giskra** verlangt, daß etwas Bestimmtes geschehe, der Weg dazu sei durch die Annahme des **Gagern**schen Programms vorgezeichnet; **Jahn** beantragt (schriftlich) Uebergang zur Tagesordnung. Der Präsident des Reichsministeriums v. **Gagern** betritt die Rednerbühne, hauptsächlich, um einen Irrthum Giskra's zu berichtigen. Er erklärt: Ich betrachte dies Reskript der Oesterreichischen Regierung an ihren Bevollmächtigten keineswegs als eine Antwort auf diejenigen Mittheilungen, welche das Ministerium in Folge der ihm von der National-Versammlung zur Verhandlung mit Oesterreich ertheilten Ermächtigung in verschiedenen Punkten erlassen hat. Es ist dies nicht blos meine persönliche Meinung, sondern ich kann versichern, daß ich mich über diesen Umstand, ob dieß Reskript eine Antwort sein solle, mit dem Herrn Bevollmächtigten von Oesterreich benommen habe, und daß er in dieser Beziehung derselben Meinung ist, wie ich. Wäre es anders, meine Herren, hätte ich dieses Reskript der Oesterreichischen Regierung an ihren Bevollmächtigten als eine Antwort auf die Mittheilungen des Ministeriums zu betrachten gehabt, so würde ich es als eine Pflicht erachtet haben, der National-Versammlung zugleich von allen denjenigen Schritten Rechenschaft abzulegen, welche seit der Zeit der Ermächtigung vom Ministerium geschehen sind, indem alsdann die Ermächtigung durch diese Antwort ihren Abschluß erhalten haben würde. (Zustimmung von der Mehrheit des Hauses.)

Rösler von Oels behauptet, die Note gehöre vor den zur Begutachtung des Gagern'schen Programms niedergesetzten Ausschuß, **Rüder** aus Oldenburg dagegen will sie wie jede andere Regierungs-Erklärung an den Verfassungs-Ausschuß gewiesen haben. **Berger** aus Wien meint, die ganze Oesterr. Politik sei seit den letzten Monaten in beständiger Schwankung, die Versammlung habe sich praktisch einmal, wenn auch theoretisch vielleicht noch ein Theil des Hauses an einem andern Prinzipe festhalte, in den Winkel der Vereinbarung verrannt, daher müsse man unter Auflösung des Verfassungs-Ausschusses einen neuen Ausschuß für die Oesterr. und ähnliche Noten haben: einen **Vereinbarungs-Ausschuß**. (Bewegung des Unwillens.) **Fuchs** aus Breslau erklärt entrüstet, nimmermehr werde er an der Wahl eines solchen theilnehmen. **Venedey** verlangt, daß diese Oesterreichische Note, welche die Versammlung herabwürdigen wolle, einem ganz besonderen Ausschusse zugewiesen werde. **Riesser** aus Hamburg ist für Verweisung an den Verfassungs-Ausschuß, wodurch der Selbstständigkeit der Versammlung nichts vergeben werde. Jener Ausschuß habe nichts als das Werk der Einheit und Freiheit Deutschlands im Auge, seiner Prüfung sei zu überlassen, inwieweit dem Inhalt der Note ein Einfluß auf die Verfassungsarbeit zu gestatten. — Dieser letztere Antrag wird denn auch bei der endlichen Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Herr **Martiny** aus Friedland fragt an, ob das Reichsministerium Schritte gethan, an den Brüsseler Unterhandlungen über die Italienischen Angelegenheiten Theil zu nehmen, und in welcher Weise es seine Bevollmächtigten instruirt habe.

Der Uebergang zur Tagesordnung führt die Versammlung zur Berathung über Artikel IX. §. 43, der von dem Verhältnisse der Gemeinden zum Staate handelt, und nach Schluß der Debatte in folgender Form unter der Abstimmung hervorgeht:

Artikel IX. §. 43. Jede Deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:

a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter,
b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei,
c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts,
d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, so weit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten.

Damit sind die Bestimmungen über die Bürgerwehr gefallen, diejenige von der Ortspolizei hingegen ist geblieben, und von den vorgeschlagenen Zusätzen ist weder die von der rechten Seite vorgeschlagene Beschränkung der Gemeindefreiheit — Oberaufsichtsrecht des Staats — angenommen worden, noch irgend eine der von der Linken vorgeschlagenen Erweiterungen.

An der Debatte über den folgenden Paragraphen betheiligen sich nur kurz Herr **Moritz Mohl** und Herr **Würth** von Sigmaringen, so wie der Berichterstatter. Die Abstimmung ergiebt danach:

§. 44. Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Der Zusatz von **Laube** und Genossen: „Jeder Deutsche muß einer Gemeinde angehören" — wird abgelehnt.

Die Fortsetzung der heutigen Berathung wird auf morgen vertagt.

Wien, 13. Febr. (Schles. Ztg.) Nach Berichten aus **Deutsch-Tyrol** ist die **Aufregung** daselbst über die beabsichtigte Trennung von **Wälsch-Tyrol** sehr groß. Aeußerungen wie: „Ehe wir unser Land zerreißen lassen, nehmen wir unsere Stutzer, ziehen hinein über den Brenner und verschaffen uns selbst Recht," gehen von Munde zu Munde.

Olmütz, den 8. Febr. Die Bauern um Kremsier werden fleißig von den kleinern Beamten bearbeitet, um ihre Vorliebe für den Reichstag fallen zu lassen. Hauptsächlich gebraucht man dabei zweierlei Beweggründe. Der erste ist das liebe Geld. Es soll den Bauern nämlich bedeutet worden sein, daß sie seit der Constitution um ein Siebentel mehr Steuern zahlen werden. Dieses Siebentel, sagen die Liebenswürdigen, kommt für den Reichstag. Daß es die Robotablösung betreffe, wird klüglich verschwiegen. Der zweite Grund betrifft eine schwache Seite unserer Bauernverhältnisse — die Angelegenheiten der Häusler. Der Reichstag sei so demokratisch gesinnt, daß er alle gleich d. i. auch die Häusler zu Bauern machen wolle. Herausgerissene Stellen aus den Debatten über den ersten §. der Oesterreichischen Menschenrechte geben scheinbare Beweise ab, und die Bauern schwanken zwischen Liebe und Abneigung zum Reichstage. (C. B. a. B.)

Von der Oesterreichischen Grenze, den 8. Febr. Es soll im Ministerium beschlossen worden sein, vom Reichstage die **Auslieferung mehrerer Abgeordneten der Linken** — man nennt sogar **Schuselka**, **Fischhof**, **Borrosch**, **Goldmark** — zum Behufe einer **Criminaluntersuchung** in Betreff ihrer Betheiligung an den **Octoberereignissen** förmlich zu begehren. Es ist diese Mittheilung mehr als bloßes Gerücht. So viel ist sicher, daß das Wiener Criminalgericht diesfalls das Ministerium anging und daß im Schooße desselben darüber anhaltende lebhafte Berathungen gepflogen wurden. In den Reihen des Reichstages, dessen Schicksal vorläufig noch in der Schwebe erhalten wird — man weiß genau, daß die wieder Unheil verkündenden Pariser Nachrichten in höheren Regionen sehr verstimmend und auf die Prorogationsgelüste retardi-

rend wirken — dürfte dieser Antrag jedenfalls mächtige Erschütterungen bereiten. (L. Z.)

Prag, den 10. Februar. Unsere Regierung befindet sich trotz ihrer 500,000 Bajonette in einer ziemlich bedenklichen Lage. Die Angelegenheiten in Ungarn werden von Tag zu Tag verwickelter. Georg Stratimirowicz, der Anführer der Serben, der für Oesterreich die Waffen im Banate führte, scheint jetzt die Waffen umkehren und sich zum Kossuth der Serben machen zu wollen. So weit hat es die Politik unserer Regierung gebracht! — Morgen erwartet man die Studenten-Deputation aus Olmütz zurück. — Hr. Schaffarik hat seine Stelle als Professor der Slavistik niedergelegt. Seine vielen Geschäfte als Universitäts-Bibliothekar erlaubten es ihm nicht mehr, mit voller Muße seiner Professur obzuliegen, und bestimmten ihn deshalb zu seinem Rücktritte. Unsere Universität erleidet einen bedeutenden Verlust durch diesen Entschluß des gefeierten Mannes.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 11. Febr. Die betreffende Commission hat beschlossen, die Genehmigung der gerichlichen Verfolgung Proudhon's zu beantragen. — Die mit Prüfung des Gesetzentwurfs gegen die Clubs beauftragte Commission hörte gestern den Bericht des Herrn Cremieur. Derselbe betrachtet die Maßregel als verfassungswidrig, will aber zugleich, daß gegen die Clubs mit strengen Strafen eingeschritten werden soll, sobald sie die öffentliche Sicherheit bedrohen. — Was den Antrag des Berges betrifft, eine Untersuchung des Verfahrens der Regierung am 29. Jan. anzuordnen, so hat die betreffende Commission sich mit großer Mehrheit gegen denselben ausgesprochen und Herr Bauchart wird in diesem Sinne seinen Bericht abfassen. — Bei der dritten und definitiven Berathung des auf die Einberufung der gesetzgebenden Versammlung bezüglichen Vorschlags Lanjuinais wollen der Berg und die übrige Opposition nochmals einen Kampf gegen die Regierung versuchen und zu diesem Zwecke durch Duplan und Pean zwei Amendements vorschlagen lassen. Man hofft jedoch, daß die Majorität konsequent bleiben und die Amendements verwerfen wird. — Die „Estafette" erklärt in Bezug auf die Gerüchte von einem ganzen oder theilweisen Kabinets-Wechsel: Der Präsident der Republik will um jeden Preis das jetzige Kabinet bis zum Zusammentritte der neuen Wahlen behalten. Insbesondere wünscht er, daß L. Faucher die obere Leitung des Wahlgeschäfts führe. Schon haben eine gewisse Anzahl Repräsentanten ihre nahe Abreise angekündigt, um ihre Neuwahl vorzubereiten. Wenn ihr Beispiel Nachahmer fände, so würde die National-Versammlung in kurzer Zeit ihre Arbeiten einstellen müssen. — General Leflo, dessen Sendung nach Petersburg den davon gehegten Erwartungen nicht entsprochen hat, ist zurückberufen worden; vorläufig ersetzt ihn der dortige erste Botschafts-Sekretair als Geschäftsträger. — Man scheint sehr verlegen zu sein, welche Form man der anscheinend unerläßlichen Jahresfeier der Februar-Revolution geben soll, da der Ausführung aller bis jetzt gemachten Vorschläge erhebliche Bedenken entgegenstehen. Der vorgestern der National-Versammlung eingereichte Vorschlag will für die Feier 500,000 Fr. bewilligt wissen. Der Geldpunkt ist jedenfalls die geringste Schwierigkeit. — Der General-Prokurator hat jetzt denjenigen Mai-Angeklagten, welche die Selbstwahl von Anwälten ablehnten, von Amtswegen Vertheidiger ernannt. Alle auf das Mai-Attentat bezüglichen Untersuchungs-Acten, Zeugen-Aussagen rc. werden jetzt auf Befehl des Parquets gedruckt. Unter den vorzuladenden Anklage- oder Entlastungszeugen werden sich mehrere Repräsentanten und Journalisten befinden.

Paris, den 11. Februar. Ueber die Unruhen in Cette, von denen der Moniteur spricht, haben wir heute ausführliche Einzelnheiten erhalten. Schon mehrere Male hatte der Präfekt des Departements dem Maire von Cette, Herrn Mercier, unter dessen Verwaltung der Freiheitsbaum gepflanzt ward, anbefohlen die rothe Mütze herabnehmen zu lassen, immer aber hatte Herr Mercier aus allerlei Gründen den Befehlen des Präfekten nachzukommen sich geweigert. Dieser Weigerungen müde, befahl der Präfekt dem Polizei-Kommissair von Cette, unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit binnen zweimal vierundzwanzig Stunden die phrygische Mütze herabnehmen zu lassen. In Folge dieses Befehls nahm der Polizei-Kommissair mehrere Lehrlinge der Marine, die jedoch vergebens den Gipfel des Baumes zu erklettern sich anstrengten. Während dieser vergeblichen Versuche hatten sich Neugierige auf dem Platze gesammelt, die anfangs ruhig zuschauten; als aber die Versuche mißlangen und man sich anschickte, den Baum an seinem Stamme entzwei zu sägen, brach die Menge in ein Geschrei und Drohungen aus und stürzte sich auf die Mairie, wo der Gemeinderath eben Sitzung hatte, der sein Heil nur der gut verschlossenen Thür zu danken hatte. Das Spektakel der Herabnahme der Mütze hatte gegen Mittag begonnen, nach zwei Uhr war der Baum gefällt und von zwei bis fünf Uhr tobte die Menge vor der Mairie. Der Maire traf keine Anstalten gegen diese Unordnungen, die tobende Menge von etwa zwei bis dreihundert Individuen stieß nur in den verschlossenen Thüren auf Widerstand und begnügte sich einstweilen mit dem Einwerfen der Fenster. Plötzlich schrie man: „zu Beucker, zu Beucker", und der Zug richtete sich jetzt gegen die Wohnung dieses Kaufmanns, Mitglied des Stadtrathes, der im Geruche des Legitimismus steht. Herr Beucker war aber abwesend und befindet sich in Montpellier, die wüthende Menge drang also leicht ins Haus, zertrümmerte und zerstörte, was ihnen in die Hände fiel und zog sich nur auf die Bitten der Madam Beucker, einer hochschwangern Frau, die sich ihr zu Füßen warf, nachdem sie ohnehin nichts mehr zu zerstören vorfand, zurück. Von da stürzte sich die Rotte nach dem Casino, dem Verein der Kaufleute von Cette, welchem dieser Hafen seinen Aufschwung in der letzten Zeit verdankt. Allein in den Augen dieser „Patrioten" sind die Kaufleute lauter Aristokraten, Feinde des Volkes, dem sie Arbeit geben, und die man also der Volksrache weihte. Das Lokal des Kasino ward somit überfallen, alles zertrümmert und zerstört, wie im Hause des Hrn. Beucker, die Vorhänge in die Kamine geworfen und angezündet, deren Flamme hell aufloderte und die benachbarten Häuser in Gefahr brachte; erst um 1 Uhr nach Mitternacht konnte man des Feuers Meister werden; die Möbeln und Billards wurden zum Fenster hinaus geworfen und damit auf dem Platze ein Freudenfeuer angezündet. Alle diese schmählichen Scenen hatten ohne obrigkeitlichen Widerstand statt, eine Patrouille der Nationalgarde von 20 Mann wurde entwaffnet und die Gewehre ins Wasser geworfen. Auch der Polizeikommissar soll in den Kanal geworfen, dann aber ohne Verletzung wieder herausgezogen worden sein. Der Maire ließ zwar den Rappell schlagen, allein die Insurgenten zertrümmerten den Tambouren die Trommeln und die Nationalgarde schien nicht geneigt, ohne Unterstützung der Linie sich der tobenden Rotte entgegenzusetzen. Militair lag aber keines in der Stadt, denn unglücklicherweise war ein dort kasernirtes Bataillon nach Afrika abgereist und noch nicht ersetzt. Um 11 Uhr gelangte die Nachricht von diesen Unruhen nach Montpellier, wo der Präfekt und der General-Prokurator der Republik sofort die Anstalt trafen, 500 Mann Truppen durch einen besonderen Zug auf der Eisenbahn zu beordern, die bei Tagesanbruch in Begleitung dieser Beamten ankamen. Die Kravaller waren aber des Tobens bereits müde und hatten sich nach 1 Uhr in der Nacht zerstreut.

Paris, 11. Februar. Der bisherige Gesandte in Berlin, Hr. E. Arago, hat um eine Stelle als Advokat bei dem hiesigen Appellhofe nachgesucht.

— Die Regierungen von Frankreich und England haben gemeinsam dem brasilianischen Cabinet eine Note übersandt, worin sie sich über die an den Küsten Brasiliens gegenwärtig gehandhabte Ausführung des Vertrages zur Unterdrückung des Sclavenhandels ernstlich beklagen.

— Das vielfach angefochtene Bureau de l'Esprit public, ein Bureau, welches lithographirte Berichte, im Sinne der Regierung, nach den Provinzen und dem Auslande sendet, soll aufgelöst und an seiner Stelle im Ministerium des Innern ein Zeitungsbureau auf anderen Grundlagen errichtet werden.

— Die Münze liefert täglich 600,000 Fr. an den Schatz und an die Bank ab. Vom Tage der Februar-Revolution bis Ende Januar 1849 sind dahier 140 Mill. Fr. an Gold- und Silbermünzen geprägt und in Umlauf gesetzt worden.

— Die Lyoner Blätter enthalten einen Aufruf zweier ehemaligen napoleonischen Offiziere an die Soldaten des Kaiserreichs. Sie fordern ihre alten Waffenbrüder auf, sich der Armee anzuschließen, um diese Rotte von Aufwieglern zu beseitigen, welche den von sechs Millionen Franzosen Gewählten bedrohten, indem sie zugleich die Religion und die Gesellschaft vernichten, den Handel zerstören und uns einem neuen 1793 zuführen möchten.

— Der „Constitutionel" macht heute auf eine neue Taktik der Demagogen- und Socialisten-Führer aufmerksam; während sie früher die Arbeiter gegen die Bourgeois aufhetzten, suchen sie jetzt die letztern unter sich zu veruneinigen, indem sie zwei Classen, die großen und kleinen Bourgeois, aufstellen und die letztern, zu denen sie alle rechnen, deren Geschäfte augenblicklich darniederliegen, gegen die ersteren aufzustacheln suchen.

— Von Orleans aus ist der sonderbare Vorschlag gemacht worden, daß jedes Departement eine Compagnie Nationalgarde nach Paris senden solle, um dort seine Vertreter zurück zu fordern und sie in die Provinz zu geleiten.

Paris, den 12. Febr. In einer Verwirrung und Unaufmerksamkeit sondergleichen wurde die Berathung über die Organisation der Gerichte fortgesetzt. Es handelte sich von dem Personal der verschiedenen Appellhöfe in den Departements. Die Kommission schlägt verschiedene Reduktionen vor. Wie immer, reklamirten die betreffenden Lokalitäten und die Redner hatten gewöhnlich weit weniger die Gerichtsverfassung als solche, als das Interesse ihrer Kommittenten im Auge. Fast alle Reduktionen wurden angenommen. Sénard, den Niemand hören wollte, mußte ausdrücklich bemerken, er spreche für kein Lokalinteresse. — Wichtiger war zwischen hinein die Interpellation Coralli's über die Reden, welche Marschall Bugeaud zu Bourges und Lyon gehalten. Der Minister-Präsident sprach den Reden allen und jeden offiziellen Charakter ab und machte darauf aufmerksam, daß weniger auf die Worte, als auf die Gesinnung des für Ordnung, Recht und Ruhm Frankreichs begeisterten Marschalls Rücksicht genommen werden müsse. Marschall Bedeau, der sich in der Junischlacht mit Ruhm bedeckte, vertheidigte im Tone warmer Freundschaft den Besieger und Pacifikator Afrika's. Der gewesene Gesandte in Berlin, E. Arago, der vor seiner Sendung nach der Preußischen Hauptstadt Regierungskommissair in Lyon gewesen war und sich seinen dortigen Freunden dienstwillig zeigen zu müssen glaubte, ergriff seit seiner Rückkehr zum ersten Male das Wort, um gegen den Marschall zu Felde zu ziehen. Sein Erfolg war nicht glänzend: mit 397 gegen 285 St. wurde zur einfachen Tagesordnung übergegangen, wodurch Coralli's Antrag auf eine gegen Bugeaud einen Tadel enthaltende Tagesordnung von selbst beseitigt wurde. Herr Arago scheint vorerst auf die diplomatische Laufbahn verzichtet zu haben. Er hat sich in die Liste der Advokaten beim Pariser Appellhof einschreiben lassen.

— Der heutige Moniteur enthält folgende Dekrete: 1) Buffet, Ackerbau- und Handels-Minister, ist interimistisch mit Verwaltung des Unterrichts-Ministeriums während der Abwesenheit von Falloux's beauftragt. (Falloux ist in Angers bei seinem hoffnungslos darniederliegenden Vater). 2) Die Nationalgarde zu Fuß in Cette (Herault-Departement ist aufgelöst und der Maire der Stadt Cette, Mercier, von seinem Amte entsetzt. Dem zweiten Dekrete ist ein Bericht des Ministers des Innern vorangeschickt, der sich über die Unruhen in Cette ausspricht und schließt: „Erlauben Sie mir, Herr Präsident der Republik, Ihnen bei dieser Gelegenheit das Bedauern auszudrücken, welches ich darüber empfinde, daß die Vollmachten der Regierung nicht ausreichen, um das Strafmaß dem Ernst jener Ereignisse angemessener einzurichten."

Die Münze liefert täglich 600,000 Fr. an den Schatz und an die Bank ab. Vom Tage der Februar-Revolution bis Ende Januar 1849 sind hier 140 Mill. Fr. an Gold- und Silbermünzen geprägt und in Umlauf gesetzt worden.

Spanien.

Madrid, den 6. Febr. Es finden jetzt jede Woche höchst glänzende Bälle, sowohl im Palaste der regierenden Königin, als auch in dem der Königin Christine statt. Auf dem vorgestern im Königlichen Schlosse veranstalteten Balle erschienen alle eingeladenen Personen vorschriftsmäßig in altfranzösischer Hoftracht und gepudert. Nur die Minister und die Chefs der fremden Gesandtschaften waren von dieser Verfügung ausgenommen.

Der General-Capitain von Navarra hat am 31. in Estella und Cirauqui 35 Karlisten erschießen lassen, die in seine Gefangenschaft gerathen waren. Eine größere Anzahl wurde noch zum Tode vorbereitet. Ihrerseits hatten die in Navarra eingedrungenen Karlisten die Soldaten, welche in ihre Hände fielen, frei entlassen. Dennoch sind über die französische Grenze abermals Karlisten in Navarra eingedrungen; sie besetzten in der Anzahl von etwa 200 Mann am 29. die Stadt Sanguesa, deren Besatzung sich in das Fort zurückzog.

Aus Catalonien sind nun bestimmte Nachrichten über das Treffen hier eingegangen, in welchem Cabrera verwundet sein soll. Der General Ruiz wurde, als er am 23. mit 1300 Mann über den Fluß Ter gehen wollte, von den im Hinterhalte liegenden Karlisten so nachdrücklich angegriffen, daß er 24 Todte und 37 Gefangene verlor. Cabrera selbst hieb mit 170 Reitern auf die Fliehenden ein und würde die ganze Colonne vernichtet haben, wenn nicht am 27. der General Nouvilas mit 2000 Mann Infanterie und 4 Gebirgskanonen auf dem Kampfplatz eingetroffen wäre und ihn zum Abzuge genöthigt hätte. Bei dieser Gelegenheit soll Cabrera zwei Streifschüsse erhalten haben. Am 29. befand er sich mit 700 Mann ganz in der Nähe von Vich. In der Provinz Tarragona haben verschiedene Banden, deren Stärke man auf 400 Mann angiebt, die Republik ausgerufen.

Die Post, welche von hier am 1. nach Bayonne abging, wurde jenseits Burgos von 18 bewaffneten Reitern von der karlistischen Bande des Estudiante angehalten, welche nicht nur die Felleisen mit der Korrespondenz, sondern auch den Postwagen verbrannten.

Großbritannien.

London, den 10. Febr. Beiden Häusern ist ein Handels- und Freundschaftsvertrag, abgeschlossen zwischen der Königin von England und dem Sultan von Borneo am 27. Mai 1848, sowohl in englischer als malayischer Sprache vorgelegt worden. Man kann schon jetzt die Insel Borneo als eine Beute der Engländer betrachten. Für den leicht möglichen Verlust aller und eines großen Theiles der amerikanischen Kolonien suchen sie sich schon im Voraus im ostindischen Archipelagus zu entschädigen und von Neuholland an über Borneo hinaus bis Persien und Arabien zwei halbe Welttheile durch die günstigsten Handels- und sogenannten Freundschaftsverträge, wie durch Abtretungs-, Erb- und Friedensverträge botmäßig zu machen und so den Nordamerikanern, denen sich von Kalifornien aus die unermeßliche Fläche des stillen Oceans öffnet und die asiatische Ostküste mit ihren Inseln lockend gegenüberliegt, zuvorzukommen. Dieser Vertrag enthält bereits im Art. 10 die Abtretung von der Insel Laboan, im N. W. von Borneo, sowie der Eilande Kuraman, Klein Rusakan, Groß Rusakan, Daat und Malankasan, wie aller in einem Umkreise von 10 Meilen um Laboan gelegenen Inselchen, für ewige Dauer ausgesprochen. Der Handelsvertrag ist so, wie ihn England gern mit allen Ländern abschließen möchte. Jeder Engländer kann in Borneo Eigenthum so viel er will und welcher Art es sei, erwerben und soll ihm hierbei Seitens des Sultans aller Vorschub und Schutz geleistet werden; die britischen Waaren sind von allen Zöllen frei, abgerechnet ein sehr geringes Schiffsgeld, ebenso darf der Landesherr keinen Ausfuhrzoll auf inländische Waaren legen; die Kriegsschiffe Englands und Ostindiens dürfen in die Häfen und Flüsse des Landes ungehindert einlaufen und sich mit Vorräthen versehen u. s. w. Der Vertrag ist von James Brooke, dem bekannten Gouverneur von Laboan und zugleich Radschah von Saramak auf Borneo unterzeichnet und durch das große Siegel des Sultans von Borneo, Omar Ali Saifadin, beglaubigt.

— Der „Leeds Mercury" meldet als gewiß, daß Jenny Lind Hrn. Harris, den Sohn eines hiesigen Bankiers, heirathen werde.

Belgien.

Brüssel, 12. Februar. Spanische Leinwandhändler haben in Brügge große Bestellungen mit dem Bemerken gemacht, daß jetzt in ihrem Vaterlande eine bedeutende Nachfrage nach Leinwand herrsche.

Schweiz.

Bern, 7. Febr. Veranlaßt durch einen Bericht des schweizerischen Konsuls in Livorno über eine höchst bedenkliche Stimmung der dortigen Bevölkerung gegen die Schweizer wegen der angeblich harten Behandlung der italienischen Flüchtlinge und wegen der neuen neopolitanischen Werbungen hat der Bundesrath beschlossen, einerseits ein Zirkular an sämmtliche in Italien befindlichen Konsuln zu erlassen, worin über obige Verhältnisse vollständiger Aufschluß ertheilt, andererseits eine Note an die toskanische Regierung zu richten, worin ebenfalls unter Mittheilung der erforderlichen Aufschlüsse Schutz für die schweizerischen Angehörigen verlangt werden soll.

Bern, 9. Febr. Heute beschloß der gr. Rath auf Antrag des Reg.-Rathes (mit allen gegen 13 Stimmen) die Aufhebung der

Congregation der Ursulinerinnen in Pruntrut; hierauf mit allen gegen 33 Stimmen polizeiliche Wegweisung der Schwestern de la Charité aus dem Canton (binnen 6 Wochen) und der Schwestern de la Providence (binnen einem halben Jahre, da sie in St. Ursan als Lehrerinnen fungiren).

Schaffhausen, 9. Febr. Einer der bei der Struveschen Bewegung Gefangenen, Gaa, entwich am 5 Februar aus dem Gefängnisse in Freiburg und kam am 6. Februar hier durch, um sich in das Innere der Schweiz zu begeben.

Solothurn. Auf die Zuschrift des Bundesrathes vom 27. Jan. betreffend die deutschen Flüchtlinge hat die hiesige Regierung geantwortet, es ergebe sich aus genauen Nachforschungen, daß sich seit Ende des vorigen Jahres nur zwei Flüchtlinge in Dorneck befinden, nämlich Fiala und Metternich. Beide werden in allen Berichten als ruhige Leute geschildert und von politischen Umtrieben sei keine Spur vorhanden. Namentlich seien Zusammenkünfte mit Neff, Thielmann und Löwenfels äußerst unwahrscheinlich, indem sich diese im Innern von Frankreich befinden sollen. Indessen seien Fiala und Metternich aus der Amtei Dorneck-Thierstein entfernt worden.

Neuenburg. Letzten Sonntag verließen die Okkupationstruppen die Stadt und kehrten nach La Chaux-de-Fonds zurück. Die Regierung hat beschlossen, den Republikanern die Mittel zu geben, um royalistische Aufruhrversuche niederschlagen zu können. Sie hat aus dem Arsenal zu Neuenburg Waffen an folgende Ortschaften vertheilt: La Chaux-de-Fonds 7 Sechspfünder, 3 Vierpfünder, 2 Haubitzen, über 300 Gewehre und 100 Stutzen, Locle 150 Gewehre u. s. w.

— Nach den bisherigen Verhören über die Emeute im Jura zeigt es sich, daß mehrere Gemeinderäthe die Leiter des Unfugs gewesen, daß besonders gegen den einen dermaßen gravirende Umstände vorliegen, daß die Commission ihn in Arrest setzen und militairisch bewachen ließ. Sie glaubte die Untersuchung bald schließen zu können; sie hält aber vor der Hand nicht dafür, daß die militäirische Operation aufhören solle.

Italien.

Turin, 5. Febr. Die Regierung scheint, nach einem Berichte der A. Z., geneigt, eine friedliche Verständigung mit Oesterreich ernstlich herbeizuführen. Der König war bereits genöthigt, zur Organisirung seines Heeres fremde Offiziere zu berufen, so auch den polnischen General Chrzanowski, dessen Talent als Administrator offenkundig ist. Die Oesterreicher scheinen ebenfalls einem friedlichen Ausgange geneigt. Zwar werden sie sich jetzt mit der „Mincio-Linie“ nicht begnügen und auch anderweitig fordern, sie wünschen indeß sehnlich die Befestigung ihrer Macht. Durch französische und englische Vermittelung dürfte sich zwar eine Ausgleichung zusammenflicken lassen, ob sie aber von Dauer sein wird, steht sehr dahin. — Die piemontesische Zeitung erklärt die Nachricht, daß die hiesige Regierung der neapolitanischen ein Schutz- und Trutzbündniß, ferner die Besezzung des Kirchenstaats, unter der Bedingung angetragen habe, daß die neapolitanische Regierung Sardinien im Besitze der lombardisch-venetianischen Reiche anerkenne, endlich die, daß der König von Neapel diese Anerbietungen abgelehnt habe, für eine reine Erdichtung. Das hiesige Cabinet habe nicht nur zu keinen derartigen Erbietungen Auftrag gegeben, sondern würde sie, von welcher Seite sie auch kommen möchten, entschieden zurückweisen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Ohne Zweifel würde ich „durch einen Griff in meine Tasche,“ wie Ihr Correspondent sich ausdrückt, der Collecte für den Pfarrer Kotusz am Wahltage zu Kosten haben vorbeugen können, ohne Zweifel würde ich es gern gethan haben, wenn auch nur, um dem Schuldgefangenen so schnell als möglich die Freiheit wieder zu geben, allein ich erfuhr den ganzen Vorfall erst, als ich mich bereits zur Abreise rüstete, und, da es etwas so Unerhörtes ist, daß ein Polnischer Geistlicher eines seiner Gemeindeglieder wegen schuldiger Begräbnißgebühren gerichtlich verfolgt, so wurde es mir schwer an die Wahrheit desselben zu glauben. Ein solcher Act, als erstes sehr beklagenswerthes Beispiel dieser Art von einem katholischen Pfarrer königlichen Patronats gegeben, erfüllte natürlich jeden von uns mit gerechtem Unwillen. Die Unverschämtheit aber, welche dazu gehört, einen solchen Kandidaten für die Repräsentanten-Kammer unseren Kandidaten gegenüber zu stellen, würde uns in Erstaunen gesetzt haben, wenn wir nicht in den jüngsten Zeiten zu sehr daran gewöhnt worden wären, nichts anderes zu erwarten.

Kórnik, den 14. Febr. T. Dzialyński.

In der Breslauer Zeitung vom 14. d. M. läßt sich Vater Polonius über die Wahlen im Großherzogthum Posen vernehmen.

Da ich aber nicht sein Sohn Laertes bin, so wolle er mir eine Entgegnung auf die Ermahnungen erlauben, welche er an mich richtet.

Meine Wahl zum Abgeordneten der 2. Kammer ist geschehen auf mein Glaubensbekenntniß, welches sich gedruckt in Vieler Hände befindet. Bei Entwickelung desselben habe ich allerdings der Verfolgungen Erwähnung gethan, welche ich wegen meiner politischen Ansichten zu erdulden gehabt habe; — denn von wem anders sollte ich eine Genugthuung hiefür erwarten als vom Volke. Haben meine Worte auch die Theilnahme des Verfassers erregt, so ist dies ein überraschender Erfolg. Vierundzwanzig Stunden vorher, war seine Partei zwar schon geneigt, mit der meinigen (der Volkspartei) zur Verhütung einer Polnischen Wahl sich zu verbinden: — nur der Landrath Bauer dürfe nicht gewählt werden, das war die Vorbedingung.

Vier und zwanzig Stunden später mußten die Absolutisten, die Reaktionaire und die Befriedigten des monströsesten Wahlbezirks des ganzen Preußischen Staates, des Krotoschinschen Wahlbezirks, auch dem Landrath Bauer ihre Stimmen geben; — die Volkspartei bestand darauf.

Inwieweit ich geneigt sein möchte meine politischen Grundsätze aufzugeben, das habe ich am Tage vor der Wahl, inmitten meiner gegnerischen Partei, im Gregorschen Saale bekundet.

Als dort vorgeschlagen wurde, einer Vereinigung der Parteien, eine Verständigung über gewisse Hauptgrundsätze vorangehen zu lassen, entgegnete ich sogleich, daß sich politische Parteien sehr wohl zu einem gewissen Zwecke koalisiren könnten, ohne irgend etwas von ihren verschiedenen Ansichten aufzugeben, und daß die Männer, welche sich im Sußmannschen Saale versammelten (die volksthümliche Partei), hoffentlich ungeachtet der Koalition, unverbrüchlich ihren Grundsätzen treu bleiben würden.

Nach Beendigung der Krotoschiner Wahlen, welche vier volle Tage in Anspruch nahmen, dankte ich den Wahlmännern, an einem aus dem letzten Skrutinium hervorgegangenen, für ungültig erklärten Wahlzettel anknüpfend, welcher die Inschrift trug: — Friede im Lande! ich sagte, daß aus der November- und December-Katastrophe die Regierung und die Volksvertreter große Lehren gezogen hätten, und daß die gesammelten Erfahrungen in den bevorstehenden Kammer-Sessionen, zur Vorsicht anmahnen würden. — Wenn diese Aeußerung den Herrn Verfasser zu der Behauptung verleitet hat:

> ich hätte feierlich versprochen, nicht wieder von dem gesetzlichen Boden zu weichen;

so weiß ich nicht, beruht die Einschiebung des Wörtchens „wieder“ nur auf einem Stylfehler, oder liegt Absichtlichkeit darin.

Zur Vermeidung eines jeden Irrthums, zur Belehrung des Herrn Verfassers, und zu meiner Rechtfertigung, werde ich die Stelle deutlicher abfassen:

> Der Landrath Bauer ist in seiner bisherigen parlamentarischen Laufbahn nicht um eines Haares Breite von der Bahn der Gesetze abgewichen, und wird diesem Grundsatz auch ferner treu bleiben.

Krotoschin, den 15. Febr. 1849.

Bauer, Landrath und Abgeordneter.

„Bescheidene Anfrage“

Ob wohl der Dr. Hantke noch in Posen wohnt?

Einer seiner Jahres-Kunden.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 18. Februar c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vorm.: Hr. Pred. Friedrich. — Nm.: Hr. Prediger Schönborn.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Prediger Simon.
Christkathol Gemeinde. Vor- und Nm: Herr Pred. Post.
Evangel.-lutherische Gem. Vor- und Nm.: Hr. Pred. Könnemann.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 9. bis 15. Februar 1849:

Geboren: 3 männl., 5 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 42 männl., 7 weibl. Geschl.
Getraut: 2 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 15. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco $26\frac{1}{2}$—28 Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. $26\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $26\frac{1}{2}$ G. Mai/Juni $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. Juni/Juli $28\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 28 G. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rtlr., p. Frühjahr 48pfd. $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 14 verk. Rüböl loco 14 Rthlr. bez. u. Br., Febr. $13\frac{7}{8}$ Rthlr. Br., $13\frac{3}{4}$ G., Febr./März $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{2}{3}$ G., März/April do., April/Mai $13\frac{1}{2}$ à $\frac{7}{12}$ Rthlr. bez. Mai/Juni $13\frac{}{3}$ Rthlr. Br., $\frac{7}{12}$ bez. u. G., Juni/Juli $13\frac{1}{3}$ à $13\frac{1}{2}$ Rthlr. bez, Juli/August $13\frac{1}{2}$ Rthlr. G., August/Sept. $13\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ bez. u. G. Sept./Okt. $12\frac{5}{6}$ à 13 Rtlr. Leinöl loco 11 Rthlr. bez., Lieferung pr. April/Mai $10\frac{3}{4}$ Rtlr. bez. u. G.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{3}{4}$ a $\frac{2}{3}$ Rthlr. verk. Febr. u. März 15 Rthlr. nominell. p. Frühjahr $15\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{4}$ bez Mai u. Juni 16 à $15\frac{3}{4}$ Rthlr.

Posen, den 16. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{1}{6}$—$12\frac{1}{3}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 15. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{5}{8}$	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$98\frac{3}{4}$	$98\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	85	$84\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{3}{4}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{8}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{6}$	—
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{3}{4}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$90\frac{1}{4}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$77\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	4	88	$87\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburger	4	60	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	$58\frac{1}{2}$	—
" " Prior. A. B.	4	—	84
" " "	5	—	95
Berlin-Stettiner	4	—	89
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{3}{4}$	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	72	$71\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	4	$86\frac{3}{4}$	—
" "	5	—	99
" " III. Serie	5	—	$95\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	93
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	$50\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	4	71	$70\frac{1}{2}$

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.